

Badische Heimat Nachrichten & Notizen

zur Landeskunde in der Region

der Regionalgruppe in Heidelberg des Landesvereins Badische Heimat e.V.

kulturer.be

Historisches Stichwort

Der deutsch-deutsche Krieg von 1866
und die Haltung Badens in der Frage der Deutschen Einheit

Zum 150. Jahrestag



Das 13. Regiment der österr.-ungarischen Ulanen unter Lt. Rodakowski beim Angriff auf die italienischen Bersaglieri während der Schlacht von Custoza 1866. Ölbild von Juliusz Kossak (1824 - 1899)

Die Badische Heimat:

Die Badische Heimat e.V., mit Sitz in Freiburg, ist ein gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, das heimatliche Kulturgut zu erhalten, zu pflegen, wissenschaftlich zu erforschen und an seiner Neugestaltung mitzuwirken. Er fördert Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Denkmalschutz, betreibt Volks-, Heimat- und Landeskunde, regt genealogische Forschungen an und trägt zur Erhaltung der heimatlichen Mundarten bei. Spenden an den Verein sind steuerlich absetzbar.

Der Jahresbeitrag beträgt 32 €, für Schüler und Studenten 16 €.

Fünf gute Gründe, dem Landesverein Badische Heimat beizutreten:

Sie unterstützen die gemeinnützige Arbeit des Landesvereins auf dem Gebiet der Landeskunde und Landesgeschichte

Sie fördern die Arbeit der Badischen Heimat bei deren konkreten Projekten, z.B. Kulturerbe des Landes und Straße der Industriekultur.

Sie unterstützen die Arbeit der Bezirksgruppe in Heidelberg, landesgeschichtliche und landeskundliche Themen publikumsnah aufzuarbeiten und zu verbreiten.

Im ersten Jahr Ihrer Mitgliedschaft erhalten Sie unser Mitteilungsblatt „Nachrichten & Notizen“ frei Haus

Sie erhalten kostenlos viermal im Jahr die Zeitschrift „Badische Heimat“

Wenn Sie Interesse haben, genügt eine formlose Erklärung beim Vorsitzenden der Bezirksgruppe (bitte schriftlich, denn eine Unterschrift sollte dabei sein), der das weitere veranlassen wird.

Nachrichten & Notizen

ist das Mitteilungsblatt der Bezirksgruppe Bergstraße-Neckartal (Heidelberg) des Landesvereins Badische Heimat eV. (Geschäftsstelle Haus Badische Heimat, Hansjakobstr. 12, 79117 Freiburg) und erscheint 4 mal im Jahr in der Verantwortung der Bezirksgruppe. Das Mitteilungsblatt wird an Mitglieder kostenlos abgegeben.

Nachrichten & Notizen kommt per Post ins Haus, wenn Sie das wünschen. Bitte überweisen Sie uns die Portokosten für den regelmäßigen Bezug auf unser Konto 10 5513 07 bei der H+G-Bank Heidelberg Kurpfalz (BLZ 672 901 00). Wenn Sie den Betrag auf einen Ihnen angenehmen Spendenberg auf runden, sind wir Ihnen nicht böse und können damit den laufenden Geschäftsbetrieb finanzieren.

Badische Heimat - Nachrichten & Notizen

Dr. Christoph Bühler, Lochheimer Str. 18, 69124 Heidelberg

Tel. 06221 - 783751; Mail: buehler@badische-heimat.de

Der deutsch-deutsche Krieg von 1866

Zum 150. Jahrestag

Von Christoph Bühler

Preußens Streben nach Hegemonie im Deutschen Bund

Als nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 der Deutsche Bund wieder errichtet wurde, kehrte nur äußerlich das alte, vorrevolutionäre System der zwischenstaatlichen Ordnung in Deutschland zurück. Die preußische Politik sowohl während der Zeit der Nationalversammlung als auch unmittelbar danach hatte gezeigt, dass Preußen nicht an einer gleichberechtigten

Stellung innerhalb der deutschen Staatenfamilie interessiert war, sondern eine offenkundige Hegemonialpolitik anstrebte.

Zunächst verhandelte die preußische Regierung mit Hannover und Sachsen, um beide für einen deutschen Staatenbund unter preußischer Führung zu gewinnen. Im Mai 1849 wurde zu diesem Ziel ein „Dreikönigsbündnis“ abgeschlossen. Ein Unionsparlament in Erfurt (März 1850) beriet bereits über den von Preußen vorgelegten Verfassungsentwurf. Da allerdings Russland misstrauisch gegenüber dieser preußischen Politik war, übt es Druck aus und der von Preußen vorgelegte Verfassungsentwurf musste fallen gelassen werden. Die statt dessen am 30. November 1850 abgeschlossene „Olmützer Punktation“ sollte ein Gleichgewicht und einen Ausgleich zwischen Preußen und Österreich schaffen.

Als jedoch 1851 der Deutsche Bund mit seinem Organ, dem Bundestag in Frankfurt, wieder hergestellt wurde, bedeutete das die Festschreibung der österreichischen Vorherrschaft im deutschen Raum und Preußen konnte die angestrebte Gleichstellung mit Österreich nicht erreichen. Österreich beharrte auf seinem traditionellen Einfluss in Deutschland und sah den Bund nur als ein Instrument an, um die preußischen Absichten nach Vormacht abzuwehren. Die künftige Politik war daher vom österreichisch-preußischen Dualismus, der gegenseitigen Rivalität, geprägt.

Als Piemont-Sardinien unter der Regierung des Grafen Cavour in der italienischen Einigung große Erfolge erzielte, erhielt auch die Frage der deutschen Einigung neuen Auftrieb und wurde mehr und mehr als drängend empfunden.



Sitzung des Volkshauses des Erfurter Unionsparlaments im Schiff der Augustinerkirche, 1850. Gemeinfreies Werk ohne Quellenangabe bei Wikimedia Commons

Heeresreform und Verfassungskonflikt in Preußen

1861 bestieg Wilhelm I. als König den preußischen Thron - regiert hatte er stellvertretend für seinen Bruder schon seit 1857/58. Er begann eine so genannte „Neue Ära“, in der sich eine Zusammenarbeit zwischen König und Abgeordnetenhaus anzubahnen schien, auch wenn er weiterhin eine streng konservative Haltung zeigte. Zwar sollten in der nächsten Zukunft Wahlen die Stellung der Liberalen Partei stärken, aus dem



Wilhelm, Prinz von Preußen, als General, um 1840. Vermutlich gemeinfreies Bild bei Wikimedia Commons (PD)

Konflikt um die Heeresreform sollte das Abgeordnetenhaus allerdings als Verlierer hervorgehen.

Die Heeresreform wurde notwendig, als 1859 diskutiert wurde, dass Preußen in den italienischen Krieg eingreifen könnte. Es zeigte sich dabei jedoch, dass die preußische Armee veraltet war und große

Schwächen hatte. Eine Heeresreform sollte nicht nur die Armee der gestiegenen Bevölkerungszahl anpassen, sondern Preußen auch die Möglichkeit geben, seine politischen Ansprüche durchzusetzen.

Das Abgeordnetenhaus stellte sich nicht grundsätzlich gegen die Heeresvorlage, widersprach aber der damit verbundenen Stärkung des adligen Offizierskorps und der (regulären) Linientruppen. Bei dieser Reform hätte die eher bürgerlich orientierte „Landwehr“ (die Reserve) an Gewicht



Otto von Bismarck, um 1862 Bundesarchiv, Bild 183-R15449 / CC-BY-SA 3.0

verloren. Die Landwehr war aber der Teil der Armee, der in der Zeit der preußischen Reformen vor den Befreiungskriegen als „Volk in Waffen“ konzipiert war. Um einen Bruch mit dem König zu vermeiden, bewilligte das Abgeordnetenhaus zunächst die erforderlichen Gelder. Nach den Wahlen im Dezember 1861, die der Fortschrittspartei eine deutliche Mehrheit brachten, wurden aber sämtliche Ausgaben für die Heeresreform abgelehnt.

Wilhelm I. war zunächst entschlossen abzudanken, weil er nicht gegen das Abgeordnetenhaus regieren wollte. Kriegsminister Roon rief jedoch seinen Jugendfreund Otto von Bismarck, den preußischen Gesandten in Paris, nach Berlin, um mit dem König die Lage zu erörtern. Bismarck bot sich an, den Konflikt auch gegen das Abgeordnetenhaus zu lösen. Er vertrat die feste

Klärung nennt man nach diesen markigen Worten Blut-und-Eisen-Erklärung. Damit beschrieb er in aller Klarheit den Weg, den Preußen unter seiner Regierung nehmen sollte: weg von den Resten demokratischer Mitbestimmung hin zur machtsstaatlichen Politik im Innern wie nach außen.

Der Konflikt um die Heeresreform weitete sich bald zu einem Verfassungskonflikt

aus, denn in den folgenden Jahren wurde auch ohne verfassungsmäßig bewilligten Haushalt regiert. Diesen Verfassungskonflikt löste Bismarck, indem er sagte, hier hätte die Verfassung eine „Lücke“ - was man dann eine „Lückentheorie“ nannte: Den Fall, dass Herrenhaus und Volkshaus unterschiedliche Voten abgaben und der Haushalt daher nicht zustandekomme, sehe die Verfassung nicht vor. Bis eine neue Einigung

erzielt sei, gelte daher der zuletzt bewilligte Haushalt. Die Opposition dagegen brachte er durch Prozesse gegen Schriftleiter von Zeitungen und Maßregelungen von Beamten zum Schweigen, dem Abgeordnetenhaus drohte er mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, das die Stellung der bürgerlichen Liberalen geschwächt hätte. Einen Ausweg aus der innenpolitischen Verhärtung boten allerdings außenpolitische Erfolge.



*Palais Hardenberg (ehemals Sitz des preußischen Abgeordnetenhauses),
Holzschnitt „Das Sitzungsgebäude des Zollparlaments“ aus Die Garten-
laube, 1868, Nr. 20, S. 309. Wikimedia Commons*

Meinung, das Königtum müsse gestärkt werden, auch wenn dabei das Recht des Parlaments, Gelder zu bewilligen, verletzt würde. Nachdem er vom König zum Ministerpräsidenten ernannt worden war (23. September 1862), erklärte er: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. ... Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der Fehler von 1848/49 gewesen, sondern durch Eisen und Blut!“ Diese Er-

Die „Deutsche Frage“

Auch wenn die Revolution von 1848/49 mit- samt ihrem Projekt der nationalen Einigung gescheitert war, blieb die „Deutsche Frage“ doch auf der politischen Tagesordnung.

Die Diskussionen betrafen vor allem vier Punkte: Da war zum ersten das Verhältnis von Verfassung und Herrschaft nach liberalen Vorstellungen, was konkret die Frage aufwarf, inwieweit liberale Vorstellungen in den Aufbau eines künftigen Nationalstaats überhaupt einfließen und welches Ge- wicht die Liberalen in ihm haben konnten. Der zweite Punkt war die Frage der Rolle Österreichs - hier hatte die Nationalver- sammlung 1849 die kleindeutsche Lösung bevorzugt. Die dritte Frage war, ob eine Neuordnung Deutschlands bzw. des Deut- schen Bundes über eine Reform vor sich gehen konnte oder ob das System durch seine innere Struktur sich als grundsätzlich reformunfähig erweisen würde. Die vierte Frage schließlich betraf die Reaktion der Großmächte auf eine so tief greifende Neu- ordnung in der Mitte Europas.

Eine Polarität tat sich auf: Beide deutschen Großmächte strebten jeweils die Vorherr- schaft an. Die Mittelmächte hätten gerne den Weg der rechtlich-bundesstaatliche Reform eingeschlagen, scheiterten aber an der Haltung der beiden Großmächte.

Keinen Rückhalt fand 1859 der Plan, den der badische Großherzog Friedrich I. und sein Außenminister Roggenbach entwickel- ten. Österreich sollte danach freiwillig aus dem Deutschen Bund ausscheiden, die übr- igen deutschen Staaten eine Vereinigung als „Vereinigte Staaten von Deutschland“ unter preußischer Führung bilden. Rog- genbach stand wie der Großherzog dem kleindeutsch ausgerichteten „Deutschen Nationalverein“ nahe.

In einem im Januar 1862 aufgesetzten Protokoll vereinbarten die österreichi- sche und die bayerische Regierung ein

gemeinsames Vorgehen in der Frage der Reform des Deutschen Bundes. Ihre Richtung war großdeutsch und sollte die sich abzeichnende Vorherrschaft Preu- ßens verhindern. Württemberg, Hannover, Hessen-Darmstadt, Nassau, Sachsen und Sachsen-Meiningen traten dem Protokoll bei - die badische Regierung blieb bei ihrer preußen-freundlichen Politik und isolierte sich damit zunächst politisch im Kreis der Mittelstaaten. In diesem Sinn hatte auch schon der württembergische Geschäftsträ- ger Thumb im Februar 1861 in Karlsruhe gewarnt: Für sein Land und für Bayern sei Baden ein politisch unsicherer Partner.

Der preußisch-österreichische Dualis- mus und der Krieg gegen Dänemark 1864

Die großen Erfolge in Italien mit dem Fort- gang der nationalen Einigung in Italien in den Jahren 1859 und 1860 lenkte die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Politikern auch in Deutschland auf dieses Thema. Die österreichische Regierung legte daher 1863 einen Plan zur Reform des Deutschen Bundes vor. Nach diesem Plan sollte der Bundestag durch ein von den Landtagen der Einzelstaaten beschicktes Zentralparlament mit hauptsächlich wirt- schaftspolitischen Kompetenzen abgelöst werden.

Die deutschen Fürsten wollten ein Gegen- gewicht gegenüber Österreich haben und sagten, sie wollten nur zustimmen, wenn auch Preußen dieser Organisation beitre- ten würde. Preußen allerdings sah genau diese drohende Übermacht Österreichs und weigerte sich daher, dem neuen Bund beizutreten.

Die preußische Politik war zu dieser Zeit noch ambivalent: Wenn nicht die eigene Vormacht innerhalb Deutschlands durch- zusetzen war, dann galt es, eine Vor- machtstellung gemeinsam mit Österreich anzustreben. Das hätte im Deutschen Bund



Friedrich VII., König von Dänemark (1848 - 1863). Er erließ 1848 eine Verfassung für die gesamte dänische Monarchie. Quelle: Wikimedia Commons/PD

einen zwischen beiden Mächten abwechselnden Vorsitz und ein beiderseitiges Veto bedeutet. Die Praxis, dass sich beide Mächte in Streitfragen vorher verständigt hätten, hätte die Mittel- und Kleinstaaten politisch lahmgelegt.

Als die preußische Regierung in einem Gegenvorschlag forderte, in allgemeinen Wahlen ein Bundesparlament zu bilden, konnte Österreich nicht zustimmen. Österreich hatte in seinem Land außer den Deutschen viele andere Nationalitäten, die dann ebenso eine demokratische Vertretung gefordert hätten. Die Konfrontation war unterschwellig vorhanden, beide Mächte rivalisierten miteinander um den Einfluss in Deutschland.



NordNordWest/ Lizenz CC-BY-SA-3.0-DE, Wikipedia
http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Karte_Deutsch-D%C3%A4nischer_Krieg.png. Lizenz <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legacycode>

1863 spitzte sich dann der Konflikt um Schleswig-Holstein zu. Dazu muss man ein bisschen tiefer in die Geschichte schauen. Das Doppelland Schleswig-Holstein war gewissermaßen völkerrechtlich geteilt. Das südlich gelegene Holstein gehörte zum deutschen Bund, war aber wie das nördlich gelegene Schleswig Besitz der dänischen Krone. Als Dänemark hier 1848 die dänische Verfassung einführen wollte, kam es zum Krieg mit Preußen, der auf Druck der Großmächte mit dem Waffenstillstand von Malmö im August 1848 beendet wurde. Die beiden Herzogtümer, die nach der Tradition „up ewich ungedeelt“ als auf ewige Zeiten zusammen bleiben sollten, blieben bei Dänemark, sollten aber dem dänischen Staat nicht einverleibt werden. Gemeint war, dass sie Besitz der dänischen Krone blieben, aber nicht der dänischen Verfassung unterstellt wurden. Das legte das 1852 abgeschlossene Londoner Protokoll fest.

Unter dem Einfluss der dänischen Nationalisten wurde 1863 dennoch eine neue Verfassung, das „*Grundgesetz für die gemeinsamen Angelegenheiten des Königreichs Dänemarks und des Herzogtums Schleswig*“, eingeführt, die Schleswig mit in den dänischen Staat einbezog. Das war ein Bruch des Londoner Protokolls von 1852.

Die öffentliche Meinung in Deutschland empörte sich darüber, und deutsche Nationalisten forderten, dass die beiden Herzogtümer von Dänemark abgetrennt werden und als selbständiges Doppelherzogtum dem deutschen Bund beitreten sollten.

Bismarck als preußischer Ministerpräsident sah in der Lösung dieser Frage vor allem die Möglichkeit,

Politik gegen Österreich zu machen und einen politischen Vorteil zu gewinnen. Er wollte Österreich in einen Konflikt hineinziehen, aus dem Preußen als Sieger hervorgehen konnte. Eine militärische Auseinandersetzung schloss er, ganz im Denken seiner Zeit, nicht aus. Da aber ein unmittelbarer Konflikt noch gar nicht bestand, musste einer geschaffen werden. Dazu hatte Österreich starke Verbündete, vor allem in Süddeutschland. In Bismarcks Rechnung musste also Österreich ins Unrecht gesetzt werden, damit er die Staaten, die noch halbherzig zu Österreich hielten, auf Preußens Seite ziehen konnte.

Als die dänische Regierung die preußische Forderung, das Londoner Protokoll zu erfüllen, ablehnte, war ein Grund gegeben, den Krieg zu beginnen. Österreich musste, um sein Gesicht im Deutschen Bund zu wahren, zusammen mit Preußen den Krieg gegen Dänemark führen. Die preußischen Truppen errangen am 18. April 1864 bei den Düppeler Schanzen den Sieg über Dänemark. Jütland war bereits am 30. April besetzt worden, die Insel Alsen wurde am 30. Juni erobert. Am 18. Juli wurden Verhandlungen aufgenommen, am 24. Juli ein



Dybbøl National Memorial, Dänemark. Foto: Arne List/Wikipedia. Lizenz CC BY-SA 3.0



Karte der militärischen Ereignisse und der Grenzveränderungen im und nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1866. Karte: Maximilian Dörrbecker (Chumwa). eigenes Werk unter Benutzung von dieser Karte von NordNordWest. Wikimedia Commons/ CC BY-SA 3.0. https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/65/Karte_Deutsch-D%C3%A4nischer_Krieg_Milit%C3%A4rereignisse.png/800px-Karte_Deutsch-D%C3%A4nischer_Krieg_Milit%C3%A4rereignisse.png



*Dybbøl Mølle (Mühle von Düppel), der Ort der Entscheidungsschlacht von 1864. 1998.
Foto: Arne List/Wikipedia. Lizenz CC BY-SA 3.0*

Unten: Sturm auf die Düppeler Schanze 1864, unbekannter Zeichner. Wikimedia Commons/PD





Napoleon III. Gemälde nach Franz Xaver Winterhalter. - Unbekannt, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=827652>.

vorläufiger Vertrag aufgesetzt, nach dem Dänemark die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Österreich und Preußen abtreten musste. Der endgültige Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 bestätigte diese Regelung.

Diesen Friedensschluss handelten Preußen und Österreich mit Dänemark aus, der Deutsche Bund war nicht beteiligt.

Düppel am Übergang zur Insel Alsen entwickelte sich in der Folgezeit zu einem Gedenkort der dänischen Geschichte.

Die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen Preußen und Österreich schlug bald in eine Gegnerschaft um, als sich beide nicht über die Zukunft der beiden Herzogtümer einigen konnten. Österreich wollte, dass das Land als selbständiges Herzogtum Mitglied im Deutschen Bund wurde. Preußen dagegen strebte eine enge Abhängigkeit der Herzogtümer von sich oder sogar eine Annexion an, um den eigenen Einfluss im Norden Deutschlands zu vergrößern.

Nach zahlreichen Konflikten und Auseinandersetzungen in der gemeinsam ausgeübten Verwaltung schlossen beide Parteien 1865 den Vertrag von Gastein und trennten die beiden Landesteile voneinander: Schleswig wurde preußischer, Holstein österreichischer Verwaltung unterstellt. Österreich trat in diesem Vertrag das ehemals zur dänischen Krone und jetzt ihm gehörende Herzogtum Lauenburg gegen Zahlung von 2,5 Millionen Taler an Preußen ab.

Holstein als der südliche Landesteil grenzte im Süden an das mittlerweile preußische Lauenburg und im Norden an das preußische Schleswig. So war der österreichische Teil von der preußischen Stellung umschlossen. Man dachte nach wie vor in militärischen Begriffen, und so war die österreichische Stellung nicht zu halten. Von der Unteilbarkeit, für die man 1864 Krieg geführt hatte, war keine Rede mehr. Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu, als Österreich weiterhin die Selbständigkeit Schleswigs und Holsteins forderte. Diese Haltung benützte Bismarck als Anlass zum Krieg gegen Österreich.

Auch die weiteren Bestimmungen der Gasteiner Konvention waren eher geeignet, die österreichische Stellung unhaltbar zu machen: Preußen hatte „Etappenstraßen“ durch Holstein, Militär- und Marinestützpunkte hier, durfte auf holsteinischem Gebiet einen Kanal zwischen Nord- und Ostsee bauen, und beide Herzogtümer wurden in den preußisch dominierten Zollverein einbezogen.

Bismarck wollte den Krieg mit Österreich, um Preußens Stellung in



Franz Xaver Winterhalter (1805–1873): Kaiser Maximilian von Mexiko (1832-1867), 19. Jh. Royal Collection Belgium, Brüssel. Wikimedia Commons/ PD

Deutschland zu festigen und auszubauen. Er nutzte dazu eine Zeit, in der die europäischen Großmächte von den Ereignissen auf dem Kontinent abgelenkt und daher nicht bereit waren, sich in einem solchen Konflikt zu engagieren:

England war mit dem Aufbau seines Empire beschäftigt, Frankreich durch das mexikanische Abenteuer mit dem von Napoleon III. eingesetzten Kaiser Maximilian gebunden. Mit Russland verband Preußen eine Freundschaft, die zuletzt auf die gemeinsame Politik der Unterdrückung beim Polenaufstand des Jahres

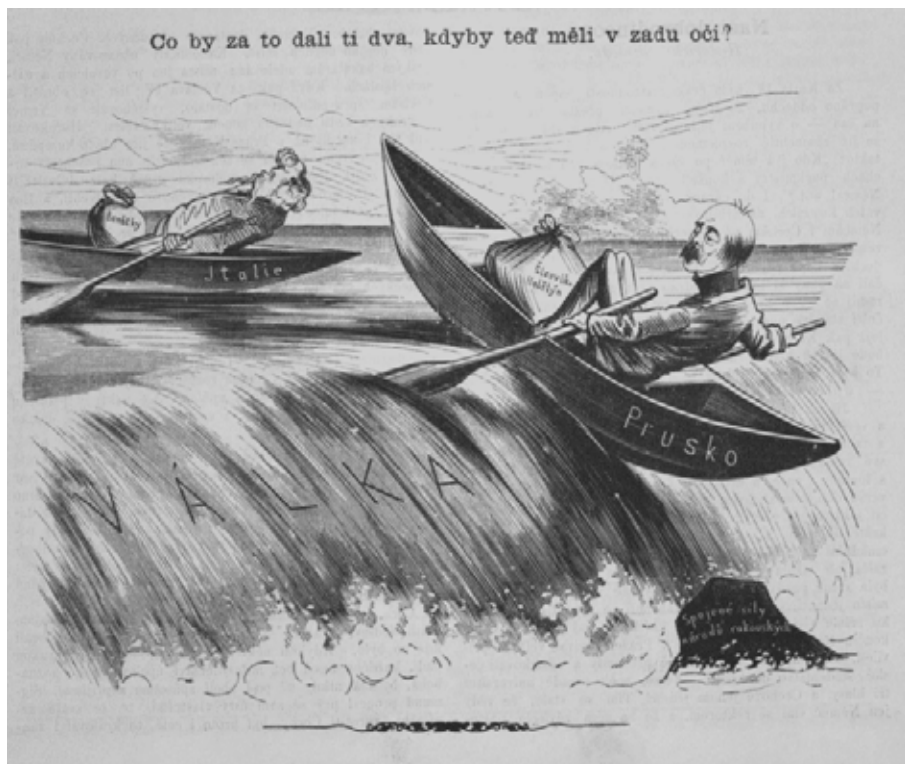
Germania fordert den Schäfer Bismarck auf, die Herde (die deutschen Mittel- und Kleinstaaten) vor dem französischen Löwen (Napoleon III.) zu schützen. Bayern und Baden werden als Schäferhunde dargestellt, die den Löwen verbellen. Karikatur aus dem *Kladde-radsch* 1867. <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/klabismarck18900046.jpg>





Großherzog Friedrich I. als preußischer Generaloberst mit dem Rang als Generalfeldmarschall. Porträt von Hans Thoma (1901/1909). Staatliche Kunsthalle Karlsruhe. Wikimedia Commons.

Österreichische Propaganda vor dem Krieg mit Preußen 1866 aus einem tschechischen Satire-Magazin. Der Titel: Was gäben die beiden nur dafür, dass sie hinten Augen hätten! Im ersten Boot Preußen, beladen mit Schleswig-Holstein, im zweiten Italien mit Venedig. Sie stürzen über den Abgrund des Krieges und sind dabei an einem Felsen - der vereinigten Militärmacht der österreichischen Nationen zu zerschellen. Wikipedia/PD: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Austro_Prussian_War_AT_propagandaCZ1.png



1863 zurückging. Bismarck konnte darüber hinaus die französische Neutralität durch vage Zusicherungen von Kompensationen, d. h. Gebietsgewinnen für Frankreich, erreichen, ohne sich aber auf irgendwelche nähere Bestimmungen einzulassen. Napoleon vermittelte im Gegenzug ein Bündnis Preußens mit Italien (8. April 1866, auf drei Monate befristet), in dem sich Italien verpflichtete, in einen Krieg Preußens gegen Österreich mit einzutreten.

In einer letzten Aktion vor Beginn des Kriegs, die auf die öffentliche Meinung in Deutschland berechnet war, griff Bismarck am 9. April 1866 auf die Parlamentsidee von 1848 zurück und forderte eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung für ganz Deutschland. Diese sollte die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegennehmen und beraten. Mit einer solchen Proklamation einer Revolution von oben sollte der nationale Liberalismus für Preußen gewonnen und der Vielvölkerstaat Österreich weiter geschwächt werden.

Der preußisch-österreichische Krieg 1866

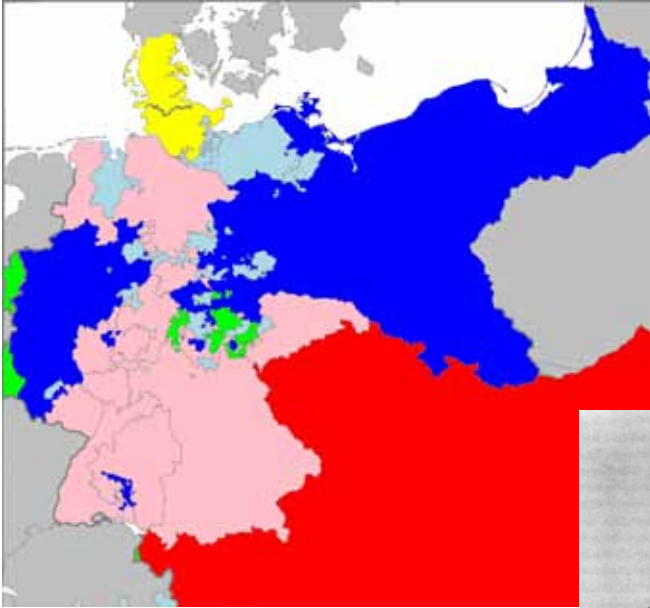
Der Anstoß zum neuen Krieg ging jedoch wieder von der Schleswig-Holstein-Frage aus. Auf die österreichische Ankündigung, die Zukunft der Herzogtümer dem Urteil des Deutschen Bundes zu unterwerfen, erklärte Preußen den Vertrag von Gastein (über die gemeinsame Verwaltung und sein Mitbestimmungsrecht) für gebrochen und besetzte Holstein. Die österreichische Regierung rief daher die Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes zur „Bundesexekution“ gegen Preußen auf, da dieses die Bundesakte verletzt habe. Die Mobilmachung des Deutschen Bundes wurde am 14. Juli 1866 beschlossen. Der in den Geschichtsbüchern „deutscher“ oder „preußisch-österreichi-

scher Krieg“ genannte Konflikt war also genau genommen ein Krieg des Deutschen Bundes unter österreichischer Führung gegen eines seiner Mitglieder, oder eine Strafoxekution gegen Preußen, das des Bruchs der Bundesverfassung beschuldigt wurde. Der preußische Vertreter erklärte daraufhin den Bundesvertrag für gebrochen und den Deutschen Bund für erloschen.

Der ausbrechende Krieg teilte Deutschland zunächst in zwei verbündete Lager: Auf der Seite Österreichs (und damit auf der der Bundesverfassung) standen die süddeutschen Staaten Bayern, Baden und Württemberg sowie u. a. Sachsen, Hannover, Hessen-Darmstadt und Kurhessen. Auf preußischer Seite standen hauptsächlich die Klein- und Mittelstaaten Norddeutschlands.

Baden stand dabei mehr aus Tradition und aus Gründen der Loyalität gegenüber dem Deutschen Bund als aus innerer Neigung des Großherzogs auf österreichischer Seite. Zwar waren es 1849 preußische Truppen gewesen, die die Revolution in Baden niedergeschlagen hatten, aber sie hatten damit gleichzeitig die badische Monarchie gerettet. Großherzog Friedrich I. selbst war liberal-kleindeutsch geprägt und hatte mit Louise eine preußische Prinzessin zur Frau, die sich sehr mit „ihrem“ neuen Land identifizierte und die im Volk beliebt war. Schließlich hatte er auch in seinem Kampf gegen die katholische Kirche in Baden mehr Rückhalt bei Preußen als bei Österreich, das eher noch den badischen Klerus unterstützte.

Auch die Beamtenschaft, allen voran Franz von Roggenbach, war liberal geprägt und stand für die kleindeutsche Lösung und den Ausschluss Österreichs aus einem künftigen Deutschen Nationalstaat. Konsequenterweise bot Karl Mathy 1866 seinen Rücktritt an, als Baden an der Seite Österreichs in den Krieg gegen Preußen ging.



Bündnisverhältnisse vor dem Krieg von 1866. Based on map data of the IEG-Maps project (Andreas Kunz, B. Johnen and Joachim Robert Moeschl: University of Mainz) - <http://www.ieg-maps.uni-mainz.de/Wikipedia> 52 Pickup



Der Sieg der preußischen Armeen im Krieg war vollständig: Sachsen, Hannover und Kurhessen wurden besetzt (16./18. 6.), die hannoveranische Armee kapitulierte (29. 6.). In Böhmen fiel vor der Festung Königgrätz am 3. Juli mit der Niederlage der Österreicher die Entscheidung.

Karl Mathy, Lithografie nach einer Zeichnung von Valentin Schertle, 1846. Wikipedia.

Venetien war bereits vor dem Krieg durch Verträge zwischen Italien und Frankreich einerseits, Österreich und Frankreich andererseits dem

Ausstellungsraum im Ostböhmen-Museum Hradec Králové (Königgrätz), das u.a. die Schlacht von 1866 thematisiert. <http://www.muzeumhk.cz/charakteristik-des-museums.html>





Schlacht von Königgrätz, Georg Bleibtreu (1828–1892) zugeschrieben - Fotografie, Eigenes Werk Anagoria. Wikipedia PD, ohne Herkunftsangabe

jungen Königreich Italien zugesprochen, so dass auch die österreichischen Siege über die italienische Armee an der Angliederung Venetiens an Italien nichts änderten.

Gegenüber dem unterlegenen Österreich konnte Bismarck Mäßigung durchsetzen. Er wollte damit einerseits verhindern, dass Napoleon III. die Situation zu Kompensationsforderungen ausnützte: Saarbrücken, Landau, die bayerische Pfalz und das linksrheinische Hessen waren dabei im Gespräch. Andererseits sollte nicht durch einen zu harten Frieden der Weg zu künftigen Bündnissen verbaut werden. Der Vorfriede von Nikolsburg (26. Juli) beschränkte sich daher auf die österreichische Zustimmung zu weitgehenden Annexionen in Norddeutschland und zur Auflösung des Deutschen Bundes.

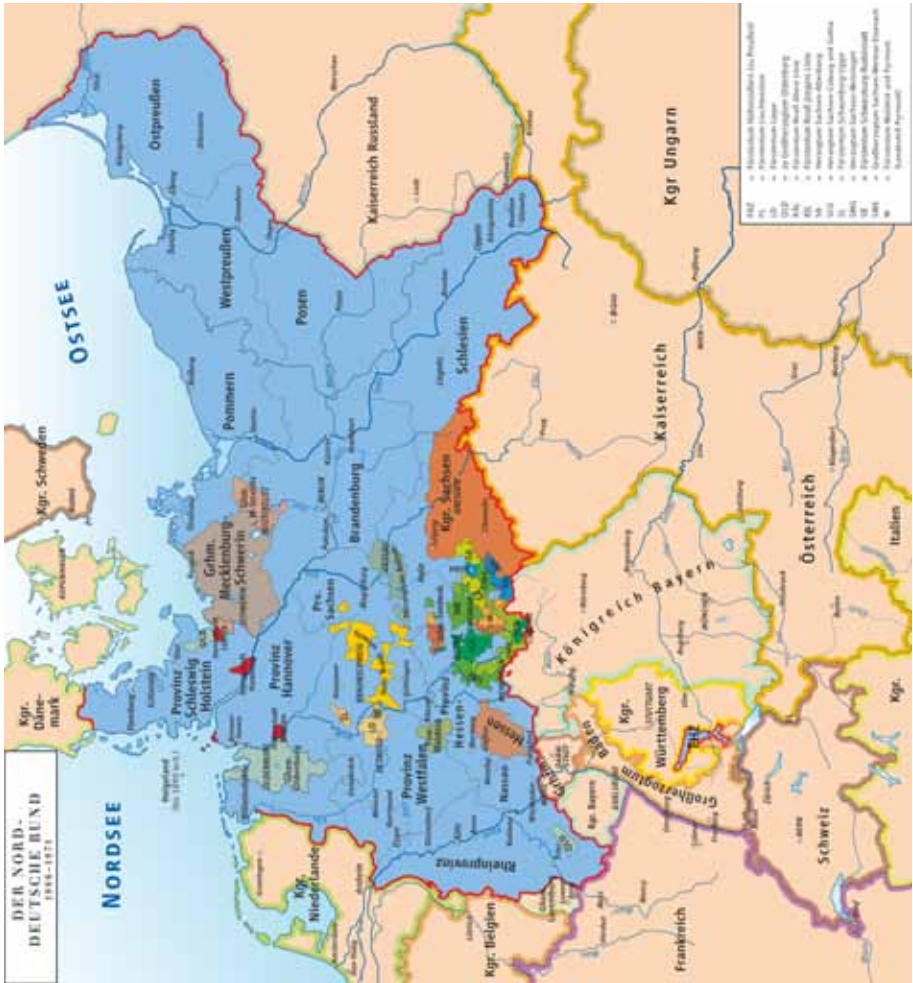
Die Ergebnisse des Friedens von Prag (23. 8. 1866) waren vor allem die Annexion der ehemaligen Kriegsgegner Hannover, Kurhessen, Nassau sowie der freien Stadt Frankfurt und Schleswig-Holsteins durch Preußen, was große Erbitterung in den anektierten Staaten hinterließ.

Das Legitimitätsprinzip, aus dem Deutscher Bund und Heilige Allianz gelebt hatten, war endgültig zugunsten der machtsstaatlichen Politik aufgegeben. Um dieses Legitimitätsprinzip hatten in Nikolsburg noch der preußische König Wilhelm und sein Kanzler Bismarck gerungen, bis sich schließlich der Kanzler mit seiner Perspektive der preußischen Dominanz in ganz Deutschland durchsetzte. Die Gründung eines „Norddeutschen Bundes“ mit den Verbündeten Preußens in Norddeutschland (vor allem Oldenburg, Mecklenburg und die thüringischen Staaten) vollendete das Werk; der neue Bundesstaat stand völlig unter preußischer Führung.

Norddeutscher Bund

Mit dieser Schaffung eines geschlossenen preußischen Territoriums in Norddeutschland kam eine Politik zum Abschluss, die Preußen bereits 1795 mit der Neutralität Norddeutschlands unter preußischer Führung gegenüber dem revolutionären Frankreich begonnen und mit der Angliederung der Rheinprovinzen 1815 fortgesetzt hatte.

Die Annexion auch der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hes-



Norddeutscher Bund 1866. Von Ziegelbrenner - own drawing/unter Nutzung mehrerer historischer Atlanten, CC BY 2.5, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=33150558>

sen-Darmstadt und ihre Eingliederung in den Bund verbot nicht nur ein energischer französischer Protest, sondern auch die starke antipreußische Haltung der dortigen Regierungen und der öffentlichen Meinung. Volle Schonung des Kriegsgegners sollte hier die Wogen glätten, bis die Zeit reif war für einen Anschluss in nationaler Begeisterung.

Der badische Großherzog Friedrich I. konnte sich nicht mit dem von Württemberg und Bayern verfolgten Plan, als Gegengewicht gegen den Norddeutschen Bund einen Bund der süddeutschen Fürsten zu gründen, anfreunden. Für ihn, der seit langem die preußisch geführte Einigung Deutschlands akzeptiert hatte, war eine sofortige Aufnahme in den Norddeutschen Bund das Gebot der Stunde. Die mehrfachen Bemühungen in dieser Hinsicht hatten allerdings keinen Erfolg. Bismarck wollte weder Österreich noch Frankreich durch eine schnelle Aufnahme der süddeutschen Staaten in den neuen preußisch geführten deutschen Bundesstaat provozieren. Alle vier bei der passenden Gelegenheit, getragen von nationaler Begeisterung, zu gewinnen, hatte Vorrang bei ihm.

So lehnte er auch noch im Frühjahr 1870 den badischen Antrag auf Aufnahme in den Norddeutschen Bund ab und verwies zur Begründung auf die politisch und militärisch unvorteilhafte Insellage, in die sich Baden damit bringen würde.

Schon kurz nach dem Waffenstillstand zwischen den preußischen und den österreichischen Truppen schloss die badische Regierung im August 1866 einen geheimen Bündnisvertrag mit Preußen. Die von Bismarck geschickt ausgespielten französischen Entschädigungsforderungen erleichterten dann den Abschluss von geheimen „Schutz- und Trutzbündnissen“ mit allen vier süddeutschen Staaten, die diese militärisch an Preußen banden. Sie sahen vor, dass die Vertragspartner zur gemeinschaftlichen Abwehr eines Angriffs auf deutsches Gebiet verpflichtet und dass in diesem Fall die

Truppen unter das Kommando des Preußenkönigs zu stellen waren.

Schon 1867 äußerte der badische Großherzog in seiner Thronrede, dass in naher Zukunft eine gemeinsame Ordnung des Post- und Telegrafendienstes, sowie der Münzen, Maße und Gewichte gefunden würde.

Weitere Verträge mit Preußen folgten dann 1869 und dem Frühjahr 1870, so dass die badische Souveränität praktisch schon sehr stark ausgehöhlt war. Die badische Seite stellte auch keinerlei Forderungen nach Kompromissen, als es im Oktober und November 1870 um den Anschluss an das neu zu bildende Deutsche Reich ging.

Für Bismarck war es allerdings zunächst wichtig, dass Preußen im dritten Krieg, den er führen musste, angegriffen wurde. Nur so konnte dieses Bündnis mit den süddeutschen Ländern wirken.

Österreich war mit dem Krieg von 1866 aus dem Rahmen eines künftigen deutschen Nationalstaates hinausgedrängt. Dieser Rückzug aus der im engeren Sinn „deutschen“ Politik verlangte eine Änderung der Struktur des österreichischen Staates. Durch die Verfassungsreform von 1867 wurden die Ungarn zum zweiten Staatsvolk mit einem eigenen, dem österreichischen in Personalunion verbundenen Staatswesen, das Kaiserreich Österreich wurde zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. 1918, nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, wurden daher mit Österreich und Ungarn (Vertrag von St. Germain-en-Laye 10. September 1919 bzw. von Trianon 4. Juni 1920) getrennte Friedensverträge geschlossen.

Literatur:

Angelow, Jürgen: Der Deutsche Bund. Darmstadt 2003

Baden. Land - Staat - Volk 1806 - 1871. Hg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe. Karlsruhe 1980

Zeittafel

30. 11. 1850 "Olmützer Punktation" mit Österreich

Mai 1851 Wiedererrichtung des Bundestages in Frankfurt

1861 Thronbesteigung Wilhelms I. als König von Preußen

Berufung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten

1863 Einführung einer neuen Verfassung in Dänemark

1864 Preußischer Sieg über Dänemark,

Abtretung Schlesiens und Holsteins

1865 Vertrag von Gastein mit Österreich über die Trennung der Verwaltung in Schleswig u. Holstein

1866

8. 4.

Bündnis Preußens mit Italien

14. 6. Beschluss zur Mobilmachung des Bundes gegen Preußen

3. 7. Niederlage der Österreicher vor Königgrätz

26. 7. Vorfriede von Nikolsburg

23. 8. Friede von Prag

1870

13. 7.

Emser Depesche

19. 7. Französische Kriegserklärung an Preußen

1./2. 9. Sieg über die französische Armee bei Sedan

19. 9. Beginn der Belagerung von Paris

1871

26. 2.

Präliminarfrieden von Versailles

10. 5. Friede von Frankfurt

In unseren Heften:

Ausstellungsnotizen

Kulturelles Erbe im
Überblick

Netzwerkarbeit bei
kulturer.be



Die Badische Heimat im Internet:

www.badische-heimat.de

www.landeskunde-online.de

kulturer.be